

Inselgemeinde Langeoog
Die Bürgermeisterin
Az.: II/cb

Langeoog, den 05.07.2021

Vorlage-Nr.: VO21-182

**Zur Sitzung des VA
Rat**

Berichterstatter: Bürgermeisterin Heike Horn

Verfasser der Vorlage: Cornelia Baller

Anlage: 1.) Antrag von Bündnis 90/Die Grünen OV Langeoog
2.) Resolution an das Land Niedersachsen

Betrifft: **Resolution „Niedersachsen als Tourismusland stärken – Prädikatisierte Tourismuskommunen unterstützen!“**
Antrag von Bündnis 90/Die Grünen OV Langeoog

Sachverhalt und Begründung:

Der Ortsverband Langeoog der Partei Bündnis 90/Die Grünen hat beantragt, den Rat der Inselgemeinde Langeoog die Resolution „Niedersachsen als Tourismusland stärken – Prädikatisierte Tourismuskommunen unterstützen!“ beschließen zu lassen (siehe Anlage 1).

Mit der Resolution wird gefordert, dass der Tourismus im Landtag ein angemessenes Forum erhält und dass den Heilbädern, Kurorten und Nordseeheilbädern ab dem Jahr 2022 bis auf weiteres eine Förderung aus dem Landeshaushalt in Höhe von 15 Millionen Euro p. a. nach noch festzulegenden Verteilungskriterien gewährt wird.

Auch die Verwaltung sieht dringenden Unterstützungsbedarf seitens des Landes Niedersachsen für touristische Standorte und insbesondere die Inseln mit ihrem hohen Anteil an Gästen im Vergleich zu den Einwohnern und den damit verbundenen großen finanziellen Herausforderungen an die vorzuhaltende Infrastruktur.

Beschlussvorschlag:

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt,
der Rat beschließt

die Resolution an das Land Niedersachsen „Niedersachsen als Tourismusland stärken -Prädikatisierte Tourismuskommunen unterstützen!“.

In Vertretung:


Ralf Heimes

Olaf Sommer
Ratsherr der Partei Bündnis 90/Die Grünen
OV Langeoog im Rat der Inselgemeinde Langeoog

2.7.2021



An
Frau Bürgermeisterin Heike Horn
Herrn Ratsvorsitzenden Rainer Adelmund
die Ratsmitglieder der Gemeinde Langeoog

Antrag von Bündnis 90/Die Grünen OV Langeoog zur
Beschlussfassung der als Anlage beigefügten Resolution an das Land Niedersachsen:
„Niedersachsen als Tourismusland stärken – Prädikatisierte Touriskommunen unterstützen!“

Sachverhalt und Begründung:

Wachsende Nachfrage im Tourismus erfordert mehr Investitionen in Qualität und Infrastruktur.

Das Land Niedersachsen muss seine Tourismuskommunen stärker unterstützen, denn der Tourismus ist ein sehr wichtiger Wirtschaftsfaktor und hat große politische Bedeutung, jedoch verursachen die aktuellen Regelungen des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes den Tourismuskommunen erhebliche finanzielle Probleme.

So findet auch keine Berücksichtigung der Touriskommunen im Niedersächsischen Gesetz über den Finanzausgleich (NFAG) statt.

Mein Antrag als Ratsherr von Bündnis 90/Die Grünen OV Langeoog:

Die dringend notwendige Forderung nach einer politischen Aufwertung des Tourismus auf Landesebene und nach Einrichtung eines Landesbudgets zur dauerhaften Unterstützung der prädikatisierten Tourismuskommunen – also auch der Inselgemeinde Langeoog - möge im Rat der Gemeinde Langeoog beraten und beschlossen werden.

Ich bitte die Verwaltung, meinen Antrag in die nächste Sitzung des Verwaltungsausschusses aufzunehmen, sodass der Rat in seiner Julisitzung über meinen Antrag beschließen kann.

Olaf Sommer

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Olaf Sommer', written over a horizontal line.

Resolution

Der Rat der Inselgemeinde Langeoog möge die folgende Resolution an das Land Niedersachsen beschließen:

Niedersachsen als Tourismusland stärken – Prädikatisierte Tourismuskommunen unterstützen!

Die Tourismuswirtschaft hat in Niedersachsen eine große volkswirtschaftliche Bedeutung: 293.000 Beschäftigte sind landesweit direkt und indirekt im Tourismus tätig. Zugleich sind in der Autoindustrie etwa 250.000 Personen beschäftigt (6,3 %) und in den niedersächsischen Häfen 45 000 (1,1%). Damit ist der Tourismus eine umsatzstarke und beschäftigungsintensive Branche und gehört zu den Leitmärkten der niedersächsischen Wirtschaft. (vgl. 5. Tourismuswerkstatt des Nds. MW am 10.08.2017 in Hannover; Kl. Anfrage der FDP im Nds. Landtag, Drs. 18/4261).

Diese Bedeutung sollte sich auch innerhalb der Landesregierung (Bündelung) und im niedersächsischen Landtag (Ausschüsse) abbilden.

Bedingt durch das anhaltend niedrige Zinsniveau, durch die Klimaschutzdebatte, vor allem aber zuletzt durch die Corona-Pandemie ist eine große Gästenachfrage im Niedersachsentourismus sowie in vielen Kommunen ein starkes Interesse an der Schaffung hochwertiger Ferienimmobilien zu beobachten.

Diese an sich positive Entwicklung erfordert von den touristisch geprägten Kommunen neben den nötigen bauleitplanerischen Schwerpunktsetzungen große finanzielle Anstrengungen, die aus eigener Kraft kaum zu bewältigen sind. Wenn die Gästezahlen steigen, müssen neben der touristischen Infrastruktur auch die kommunale Infrastruktur und die Versorgungsinfrastruktur mitwachsen, um den qualitativen Ansprüchen gerecht zu werden und die aktuell steigende Nachfrage zu einer nachhaltigen zu entwickeln. In Spitzenzeiten halten sich in kleineren Tourismuskommunen wie zum Beispiel Langeoog etwa sieben Mal so viele Gäste wie Einheimische auf. Dafür muss die gemeindliche Infrastruktur – wie Kanalisation, Stromversorgung, Brandschutz u.v.m.-entsprechend vorgehalten werden.

Hinzu kommen für die Kommunen weitere finanzielle Belastungen, die aus Regelungen des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes resultieren. So können die Tourismuskommunen gem. §§ 9 und 10 NKAG zwar Abgaben, nämlich Tourismusbeiträge und die als Kurorte ganz oder teilweise anerkannten Gemeinden Gästebeiträge erheben, um den Tourismus und die damit unmittelbar verbundene touristische Infrastruktur zu finanzieren. Den Aufwand zur Finanzierung der für die Gäste erforderlichen zusätzlichen gemeindlichen Infrastruktur dürfen sie aber daraus nicht bezahlen. Hinzu kommt, dass nach NKAG sowohl beim Tourismusbeitrag als auch beim Gästebeitrag in den Satzungen jeweils ein Anteil der Allgemeinheit festzulegen ist, da ja auch die einheimische Bevölkerung die touristischen Einrichtungen in Anspruch nehmen kann. Dieser Anteil muss ebenfalls von den Kommunen aus ihrem Haushalt finanziert werden.

In Langeoog sind dies etwa T€ 380 jährlich mit steigender Tendenz. Und eine dritte Belastung ergibt sich aus der Regelung in § 10 Abs. 2 Satz 5 NKAG: Hier wird die Möglichkeit der vollständigen oder teilweisen Befreiung von der Zahlung von Gästebeiträgen aus wichtigen Gründen eingeräumt. In der Regel geht es hier um Ermäßigungen oder Befreiungen von Gästebeiträgen für beispielsweise Kinder.

Auch die so verursachten Mindereinnahmen sind durch die Kommune als Satzungsgeber zu zahlen bzw. zu übernehmen, in *Langeoog* rund T€ 45 jährlich Für *Langeoog* ergeben sich also Belastungen aus dem Tourismus in Höhe von fast T€ 425 p.a.. Diese müssen durch den Gemeindehaushalt kompensiert werden. Der Gemeindehaushalt selbst aber ist durch die bereits dargelegten Anforderungen aufgrund der großen Infrastruktur im Verhältnis zu den Einwohnern stark belastet. Im NKAG sind also gleich 3 Regelungen getroffen worden, mit denen die kommunalen Haushalte belastet werden und die bei dem geschilderten Verhältnis von Einheimischen zu Gästen auf Dauer nicht zu finanzieren ist.

Hinzu kommt, dass das Land Niedersachsen gemeinsam mit Schleswig-Holstein als einziges westdeutsches Flächenland seine prädikatisierten Tourismuskommunen nicht über den Finanzausgleich unterstützt.

Seit vielen Jahren fordern deshalb die prädikatisierten Tourismuskommunen in Niedersachsen immer wieder eine stärkere Unterstützung durch das Land. Die bereits im Jahr 2006 von zahlreichen prädikatisierten Tourismuskommunen vorgetragene Bitte um eine stärkere Berücksichtigung im Finanzausgleichsgesetz führte nicht zum Erfolg. Auch in den Folgejahren, zuletzt durch Initiativen in den Jahren 2018 und 2019 auch bzgl. der Regelungen des NKAG, konnten keine Verbesserungen für die Kommunen, die einen besonders wichtigen Beitrag zur touristischen Entwicklung in Niedersachsen leisten, erreicht werden.

Durch die Corona-Pandemie ist der Tourismus und sind damit auch die stark auf diesen Wirtschaftszweig ausgerichteten Kommunen seit Frühjahr 2020 in geradezu dramatischer Weise betroffen.

Deshalb halten wir es jetzt für dringend geboten, der Tourismuswirtschaft endlich beim Land Niedersachsen eine angemessene Bedeutung z. B. über einen Fachausschuss einzuräumen und die besonders betroffenen Kommunen ab 2022 wirksam und nachhaltig zu stärken.

Wir fordern:

- **Der Tourismus erhält ein angemessenes Forum im Landtag. (vgl. z.B. Häfen und Schifffahrt)**
- **Für die Tourismusförderung wird den Heilbädern, Kurorten und Nordseebädern ab dem Jahr 2022 bis auf weiteres eine Förderung aus dem Landeshaushalt in Höhe von 15 Millionen € p.a. nach noch festzulegenden Verteilungskriterien gewährt.**